# CHILE UND DIE SPD

## Der Druck muß stärker werden !

**„Die Sozialdemokratische Partei hat in ihrer nun 113jährigen Geschichte niemals ihren sozialistischen Ursprung verleugnet, sondern sich mit Leidenschaft zu ihm bekannt – in der gleichen Leidenschaft, mit der sie in ungebrochener Tradition für die Demokratie kämpfte. Denn beide, Sozialismus und Demokratie, haben uns seit hundert Jahren nicht als Gegensätze begleitet und beschäftigt. Sie hatten und haben zu tun mit dem Ziel und Weg einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung; in unserem Verständnis bedingen sie einander."**

**Willy Brandt auf einer Großkundgebung in Berlin am 31.3.76**

Wir erleben erneut einen 1. Mai, zu dessen Anlaß der internationale Charakter des Kampfes der Arbeiterklasse und anderer abhängiger Sektoren für ihre Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung in Form von Demonstrationen und Veranstaltungen betont wird. Wir wollen gerade auch mit der Verbreitung dieses Flugblattes dafür sorgen, daß die Lage und der Widerstand der chilenischen Bevölkerung gegen die Diktatur Pinochets erneut zum Gegenstand von Protestmaßnahmen gemacht wird und die Unterstützung des Widerstandskampfes praktische Formen annimmt. Viel scheint dafür zu sprechen, daß das Echo dessen, was in Chile vor sich geht, stärker als bisher auch die großen europäischen Gewerkschaftsverbände erfaßt und nicht mehr zur Ruhe kommen läßt. Es hat in den letzten Monaten eine Reihe von Resolutionen und Entschließungen gegeben, die – angefangen von höchsten auch internationalen Gewerkschafts- und UNO-Gremien bis hin zum Mannheimer Parteitag der SPD das Pinochet-Regime verurteilen, seine internationale Isolierung und Ächtung fordern und zur Solidarität mit dem Widerstand in Chile auffordern. Die Zerschlagung der CUT, des zentralen von der Junta verbotenen Zusammenschlusses der chilenischen Gewerkschaften und die anhaltende Unterdrückung aller gewerkschaftlichen Aktivitäten in Chile wird also auf dieser Ebene registriert und findet in den verschiedenartigsten Protesten seinen Ausdruck.

Zu seiner 2. Sitzung traf der IBFG-Arbeitskreis „Solidarität mit der chilenischen Gewerkschaftsbewegung" vom 15. - 17. Dezember 75 zusammen. Unter Teilnahme des gesamten Auslandsausschusses der CUT wurde auch hier festgestellt, daß die politische Lage in Chile von einer Ausweitung der Unterdrükkung gegen die Gewerkschaften gekennzeichnet sei. Der Arbeitskreis empfahl dem IBFG sein Unterstützungsprogramm für die CUT zu intensivieren, wobei der Tätigkeit in Chile selbst auf humanitärem Gebiet und der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit im Untergrund Vorrang gegeben werden soll. Außerdem wurde ein eindringlicher Appell an die freien Gewerkschaften in der Welt verabschiedet, den IFBG-Solidaritätsfond für Chile reichlich Spenden zukommen zu lassen, damit das Programm unverzüglich in die Tat umgesetzt werden kann.

Weiter heißt es in den ITF-Zirkularen: *„Der Exekutiv-Rat würde seiner Aufgabe nicht gerecht werden, wenn er jetzt nicht praktische Schritte unternehmen würde, damit der Junta der Beweis einer scharfen Gegnerschaft gegen ihre Politik und Praktiken von der internationalen Gewerkschaftsbewegung geliefert wird. Deshalb wurde beschlossen, daß sich mit Beginn vom 1. Jan. 1976 die im ITF zusammengeschlossenen Verbände (. . . bei uns die ÖTV) auf ein praktisches Programm der Behinderung des chilenischen Transportes einstellen müssen."*

Nach der Auflösung des Friedenskomitees durch Pinochet sah sich die ITF in ihrer Einschätzung absolut bestätigt. In einem neuen Zirkular richtete sie an alle nationalen Transportarbeiterverbände (bei uns ÖTV) folgende Aufforderung: *„Wir bitten Sie jetzt gemäß diesem Beschluß des Exekutiv-Rates und mit Beginn vom 1. Jan. 1976 jede nur mögliche Aktion gegen chilenische Schiffe und Flugzeuge durchzuführen, wo immer sich Gelegenheit dazu bieten möge.*

### Mannheimer Resolution

Wichtig und notwendig ist es, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß nicht nur die Gewerkschaftsverbände als eigentlich schon direkt Betroffene, sondern auch die Sozialdemokratische Partei inzwischen die „Solidarität mit Chile" auf ihre Fahnen geschrieben hat. Der Mannheimer Parteitag bereitete nicht nur einen enthusiastischen Empfang für Bischof Frenz, sondern beschloß: *„Nichts darf geschehen, was als politische, wirtschaftliche, militärische oder moralische Unterstützung oder Billigung des Militärregimes verstanden werden kann."*

Im Vergleich zu diesen deutlichen Worten und Forderungen selbst von UN-Unterorganisationen nehmen sich die Aktivitäten der SPD und des DGB sehr bescheiden aus. Zumal, wenn man bedenkt, über welche materiellen Möglichkeiten gerade diese deutschen Organisationen verfügen. Wenn demgegenüber die SPD für sich in Anspruch nimmt, sie habe „von Anfang an das Vorgehen der Militärjunta gegen die Mitglieder und Anhänger der verfassungsmäßigen, demokratisch gewählten Regierung auf das Entschiedenste verurteilt" und sie habe „mit allen ihren Kräften und Möglichkeiten dieser Solidarität tatkräftigen Ausdruck verliehen", (so die oben zitierte Chile-Resolution), so muß man den Sozialdemokraten mindestens ein zynisches Verhältnis zu politischen Begriffen, wie dem der „Solidarität" vorwerfen. Unsere Erfahrung hat uns nämlich in vielfacher Hinsicht gezeigt, daß wir es oftmals genau mit dem Gegenteil zu tun haben.

Sicherlich ist der Widerspruch zwischen den Aktivitäten auf internationaler Ebene und der vergleichsweisen Passivität auf nahezu allen SPD- und DGB-Ebenen auch kennzeichnend für die unterschiedliche bzw. ungleiche Entwicklung des Klassenbewußtseins in den verschiedenen nationalen Gewerkschaftssektionen. Während in Ländern wie Frankreich, Italien, England, Schweden etc. die Verbandsbürokratien mit den Aktivitäten und Entschließungen der Basis konfrontiert werden, die höheren Ebenen also durch die tatsächliche Betroffenheit der Mitgliedermassen ihre Impulse erhalten, scheint sich dieser Prozeß in den DGB-Gewerkschaften eher umgekehrt zu vollziehen. Man trägt eher aus Gründen des öffentlichen Ansehens die Entschlüsse in den internationalen Gremien mit, ergreift auch einige Aktivitäten, um zu konkreten Anlässen bei Verwaltungen etc. zu intervenieren (z. B. Flüchtlingsaufnahme). Insgesamt muß man aber den Eindruck gewinnen, daß aufseiten der SPD, des DGB und der Einzelgewerkschaften *alles unterlassen wird*, was eine Massenmobilisierung und Solidaritätsbewegung begünstigen oder sogar auslösen könnte; mit anderen Worten, was auf internationaler Ebene und zu einzelnen Anlässen (Parteitagen) wortradikal mitgetragen wird, verbleibt auf der Ebene der gewerkschaftlichen und Partei-Apparate und wir garnicht erst an die Basis weitergegeben.

In dieses Bild paßt es auch gut rein, daß die Etappen der chilenischen Diktatur und die Bedingungen, unter denen in Chile und im Exil gekämpft wird, aus der sozialdemokratischen und DGB-Presse nahezu verbannt sind.

### Anspruch und Realität

Dabei muß daran erinnert werden, daß wir mit unseren Forderungen an die Bundesregierung zwar nicht mit der SPD allein, aber mit einer sozial-liberalen Koalition konfrontiert sind, die sich immerhin selbst als Verkörperung des sozialen und demokraitschen Fortschritts in der Bundesrepublik betrachtet. Tatsächlich aber befinden wir uns heute in einer Situation, in der die Chile-Komitees schon bei der Formulierung eines bürgerlichen oder genuin sozialdemokratischen Antifaschismus mit den entsprechenden Forderungen und Parolen bei dem in Bund und Ländern regierenden Parteien und großen Verbänden nichts als Widerstand auf breiter Ebene auslösen, und den sozial-liberalen Sicherheitsapparaten oftmals auch noch als Sammlungsbewegung von Verfassungsfeinden gelten. Tatsächlich handelt es sich nämlich bei der praktischen Unterstützung des Widerstandes in Chile und der Forderung nach umfassender Isolierung der Junta um eine Politik, die aufgrund ihrer Geschichte und politischen Moral auch und gerade von der SPD getragen werden müßte.

Wollte Sie ihren in Mannheim formulierten Anspruch einlösen, so müßte die SPD mit an erster Stelle in allen internationalen Verbänden und Organisationen dafür eintreten, daß jeder Kredit, jedes Wirtschafts- und Warenabkommen solange auf Eis gelegt wird, bis die sozialen und politischen Grundrechte in Chile garantiert sind. Stattdessen können wir erleben, wie die Verantwortlichen der Bonner Koalititon als zweitgrößtes Gläubigerland nach den USA mit diesem zusammen die Front der Regierungen, die inzwischen jede Verhandlung mit den Junta-Vertretern ablehnen, durchbrechen und der Pinochet-

Diktatur in Form von Stundungsvereinbarungen und anderen Kreditabkommen die so begehrte internationale Glaubwürdigkeit verschafft haben.

Wenn Matthöfer die faschistischen Militärs als „Mörderbande" bezeichnet hat, so läßt sich, wenn man dieser ganz einfach bürgerlich-rechtsstaatlichen Argumentation folgt, festhalten: Zu jedem Verbrechen gibt es nach dem in der Bundesrepublik gültigen Strafrecht auch die sogenannte „Beihilfe". „Als Gehilfe wird bestraft, wer dem Täter . . . druch Rat oder Tat wissentlich Hilfe geleistet hat." Wie soll oder darf man die Bundesregierung denn nun eigentlich charakterisieren, wenn sie sich schon nach den ihrer eigenen Existenz zugrundeliegenden Normen, der Beihilfe des Klassenmords, vollzogen an tausenden, chilenischer Arbeiter und Angestellten, schuldig gemacht hat.

Wie wenig die Praxis den eigenen Ansprüchen gerecht wird, zeigt auch das Problem der chilenischen Flüchtlinge. Vor ca. 35 Jahren machten die deutschen Faschisten der Welt das Angebot, 10 000 Lastwagen gegen 100 000 jüdische Bürger einzutauschen. Einer zögernden Weltöffentlichkeit gelang es damals nicht die Menschen zu retten. Damals blieb das Echo aus, und die 100 000 wurden mit Gas ermordet. Heute bietet Pinochet der Welt großmäulig die Ausreise aller KZ-Insassen an, wenn sie nur in anderen Ländern aufgenommen würden. Aus einem der nächsten Länder der Welt, in dem über 2 Mio Emigranten arbeiten, nämlich der Bundesrepublik, ist kein Ton zu vernehmen. Eine tatsächlich traurige Lehre aus unserer Vergangenheit, die freilich in Sonntagsreden oft genug geheuchelt wird.

### Zusammenarbeit

Bedenkt man, daß kürzlich ein Gesprächskreis bedeutender SPD-Politiker dem allen Vorschriften der bürgerlichen Verfassung entsprechend gewählten Präsidenten Allende dessen Anspruch als Demokrat und Sozialist einfach bestritten hat, so muß man zu dem Schluß kommen, daß es nicht nur die Heck, Merck oder Bossle sind, die als Exponenten der deutschen Reaktion nach Chile fahren und dort öffentlich die Junta hochleben lassen, sondern daß auch und gerade Sozialdemokraten an führender Stelle gemeinsame Projekte mit der Junta-Diktatur auf Regierungsebene organisieren und damit dem Widerstand der chilenischen Gewerkschaften in den Rücken fallen. Als Beispiel kann hier das Projekt in Emmerich gelten, wo die „Gesellschaft für Wirtschaftsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen" mit 40 %iger Beteiligung der chilenischen *staatlichen* Kupfergesellschaft und 60 %iger Beteiligung deutscher Konzerne ein Kupfergießwalzdrahtwerk nahezu fertiggestellt hat, das im Herbst die Produktion aufnehmen soll. Ein anderes wichtiges Projekt kündigt sich einem internen Bericht der deutschen Botschaft in Santiago zufolge an, wobei es um die Ausbeutung chilenischer Uranvorkommen durch deutsches Kapital geht. Die Junta hat bereits die Zulassung dieses Vorhabens per Dekret beschlossen und Verbindungen zum Deutschen Institut für Kernforschung in Karlsruhe sind hergestellt, so daß anzunehmen ist, daß bedeutende Interessen im Regierungslager an einem Zustandekommen dringend interessiert sind.

Vor diesem Hintergrund haben die Chile-Komitees in der Bundesrepublik kaum einen Grund anzunehmen, daß die Resolution des Mannheimer Parteitages mehr als ein Alibi darstellt. Künftige Generationen sollen wenigstens auf dem Papier eine Moral verkörpert sehen, die die Verwantwortlichen eben dieser Partei jedenfalls bisher in der politischen Praxis unterdrücken. Trotzdem sollte die Chile-Solidaritätsbewegung den Daumen draufhalten und dafür sorgen, daß Sozialdemokraten, wo sie auch immer in Partei-, Gewerkschafts- oder Regierungsämtern handeln, mit diesem Alibibeschluß konfrontiert werden, und sich damit in aller Öffentlichkeit zu dem Widerspruch sozialdemokratischen Chile-Politik verhalten müssen.

Es wird künftig also darum gehen, die Masse der Mitglieder über wichtige Beschlüsse und Resolutionen und die durch sie ausgelösten Widersprüche zu informieren. Alle Gewerkschafter sind in diesem Zusammenhang aufgefordert, die wichtigen internationalen Beschlüsse auf ihren Versammlungen zu diskutieren, ihre Verwirklicnung einzuleiten und ihre Umsetzung in die tägliche Praxis zu kontrollieren. Dabei ist es wichtig, darauf zu achten, daß die auf den verschiedenen Ebenen verabschiedeten Beschlüsse in den verschiedenen Zeitungen der einzelnen Gewerkschaften abgedruckt werden, damit sie nicht zum augenblicklichen Lippenbekenntnis einer Versammlung herunterkommen. Im Übrigen gilt: Der DGB hat stellvertretend für alle Einzelgewerkschaften den internationalen Boykottbeschlüssen zugestimmt und damit die einzelnen Forderungen für seinen Bereich übernommen. Das bietet jedem Kollegen die Möglichkeit, bei allen Gelegenheiten (Mitglieder-, Mandatsträgerversammlungen, Bezirks- und Bundeskonferenzen) die Masse der Gewerkschaftler mehr als bisher über die Vorgänge in Chile zu informieren, und wo immer möglich in Aktionszusammenhänge miteinzubeziehen.

Als nächstes geht es darum, in allen Gewerkschaften über das Projekt in Emmerich aufzuklären. Die fortschrittlichsten Kollegen im DGB und die Komitees müssen verhindern, daß 120 neue Arbeitsplätze gegen eine Unterstützung des Klassenmords in Chile ausgespielt werden. In vielen Beispielen haben englische, schwedische und australische Arbeiter bewiesen, daß es auf die Unterdrükkungspraxis der Junta in Chile nur eine Antwort gibt: Der Internationalismus der Tat inform von Boykotts sämtlicher Waren aus Chile und der Verweigerung jeglicher Zusammenarbeit mit allen Institutionen der Herrschenden in Chile.

Nachdrücklicher als je zuvor gilt es zu fordern:
**Keine Verladung von chilenischem Kupfer in deutschen oder holländischen Häfen!**
**Boykott des Kupfertransports nach Emmerich!**
**Keine Verarbeitung von chilenischem Kupfer in Emmerich!**
**Schluß mit der Unterstützung der Bundesregierung und der westdeutschen Konzerne für die chilenische Mörderdiktatur!**
**Prangert die westdeutschen Konzerne, die sich am „Projekt Emmerich" beteiligen, in aller Öffentlichkeit an und bringt in den Gewerkschaften Resolutionen ein, die sich gegen das Projekt aussprechen und die Protestaktion der westdeutschen Chile-Komitees unterstützen!**

# FORDERUNGEN DER CUT

Das Auslandskomitee der CUT stellt abermalig fest, daß – wie die Tatsachen zeigen – die finanzielle Unterstützung der Junta in keinster Weise die ökonomische Situation der Arbeiter und des Volkes von Chile verbessert. Sie trägt im Gegenteil nur zur Unterstützung der Diktatur, der Fortführung der ständigen Verletzung der Menschenrechte und zur Verlängerung ihrer Existenz bei.

Unter Berücksichtigung all dieser Zusammenhänge ruft die CUT alle Arbeiter, alle gewerkschaftlichen Organisationen und demokratischen Sektoren auf:

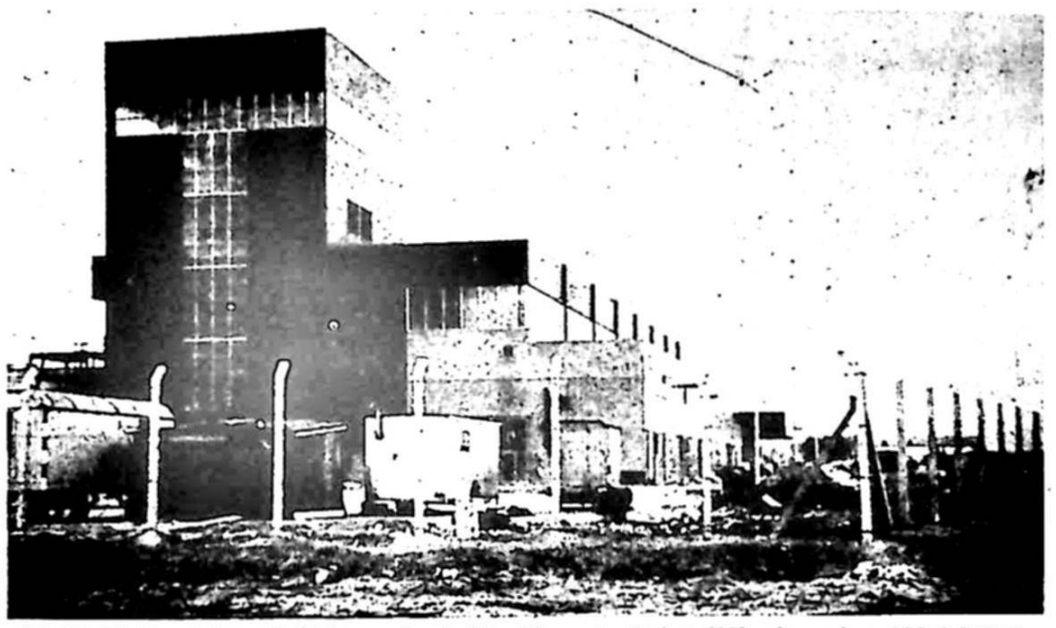
a. Bilaterale Umschuldungsverhandlungen mit der Junta in der ganzen Welt zu verhindern, besonders in den 7 Ländern, die sich im letzten Jahr dazu bereit gefunden haben: USA, Kanada, Japan, BRD, Frankreich, Spanien und die Schweiz.
b. Die Gewährung von Sicherheiten, um die sich private Unternehmen, die Exportgeschäfte mit der Junta abwickeln, bemühen (bei staatlichen Organen, wie Cophase in Frankreich, I.C.G.D. in England, Hermes-Kredite in der BRD, und ähnlichen Instituten in anderen Ländern) zu entlarven und deren Ablehnung zu fordern.
c. Zu fordern, daß die Vertreter der verschiedenen Länder in den internationalen Finanzorganisationen, wie dem IWF und der Weltbank die Gesuche der Junta in Übereinstimmung mit der offiziellen Position ihrer Regierungen ablehnen. Es ist besonders wichtig, in dieser Hinsicht auf den IWF einzuwirken.
d. Zu fordern, daß die Schuldenzahlungen beglichen werden, die die Junta 1976 zu leisten hat, besonders gegenüber den Ländern, die 1975 keine Umschuldungen gewährt haben. Dazu gehören England, Schweden, Italien, Dänemark, Holland, Belgien und Norwegen.
e. Die Zahlung der Schulden von 1975 zu erzwingen, wie es z. B. im Falle von England über Protestaktionen, Zurückhaltung und Beschlagnahme der Exporte von und nach Chile gelungen ist.
f. Aufklären und verhindern, daß verschiedene Unternehmen in Chile investieren und die Junta unterstützen, wie z. B. Stevin in Holland, Metallgesellschaft in der BRD, Gazocean in Frankreich, Ataka in Japan, Rockitt und Cellman in England, Geomin in Rumänien und in verschiedenen anderen Ländern.

Auslandskomitee der CUT, Chile
Paris Februar 1976

# E[illegible]ERICH:

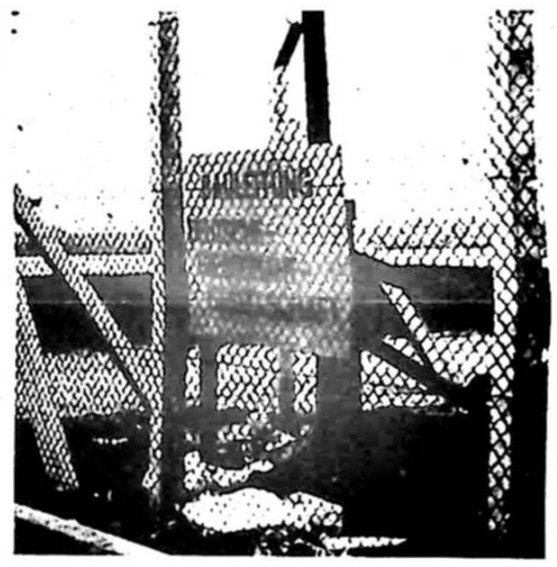
# KEINE KREDITE AN DIE JUNTA!

# KEIN KUPFER VON DER JUNTA!



Die Werkhallen stehen: Es fehlen noch: die Maschinen, der Rohstoff Kupfer und ca. 120 Arbeiter

Der Werkschutz: Natürlich von Anfang an dabei!



Gießdraht GmbH, eine ehrenwerte Gesellschaft von den deutschen und chilenischen Ausbeutern.

**Ein wahres Symbol für die harmonische Zusammenarbeit zwischen westdeutscher Regierung, westdeutschem Kapital und chilenischer Militärjunta entsteht derzeit in Emmerich/Rhein, kurz vor der holländischen Grenze.**

Dort entsteht seit einigen Monaten ein Werk zur Herstellung von Kupfergießwalzdraht – mit vierzigprozentiger Beteiligung der chilenischen staatlichen Kupfergesellschaft CODELCO und sechzigprozentiger Beteiligung deutscher Konzerne!

Der Name des Betriebes: "Deutsche Gießdraht GmbH". Das Kupferwerk soll (vorerst) 120 Arbeitsplätze in diesem strukturschwachen Wirtschaftsgebiet, in dem Emmerich liegt, schaffen. So nimmt es nicht Wunder, daß der Gemeinderat die zum Werksgelände führende Deichstraße dankbar in Kupferstraße umbenennen will.

**Ein wahrer Skandal!** Vorbereitet wurde er bereits während des Besuchs des Junta-Wirtschaftsministers **Saez**, als die Vertreter westdeutscher Banken und Konzerne mit dem Junta-Abgesandten konferierten, wozu sich bei einem Gespräch hinter verschlossenen Türen im feudalen "Frankfurter Hof" noch der SPD-Oberbürgermeister von Frankfurt, Rudi Arndt, hinzugesellte. Gegen ein Sit-in des Frankfurter Chile-Komitees im "Frankfurter Hof" aus Protest gegen den Saez-Besuch in Westdeutschland ging damals die Frankfurter Polizei mit brutalster Härte vor!

Gestützt auf den Aufruf der chilenischen Einheitsgewerkschaft CUT und die Beschlüsse der deutschen Einzelgewerkschaften setzen sich die westdeutschen Chilekomitees gemeinsam mit der Initiative Emmerich das Ziel, am 5. Jahrestag der Verstaatlichung des chilenischen Kupferbergbaus unter der Regierung Allende (11. Juli 1971), der mit dem Beginn der Arbeitsaufnahme in Emmerich zusammenfällt, diesem Schlag gegen die Interessen der Internationalen Arbeiterklasse einen nationalen agitatorischen Rahmen zu geben.

Entlarven wir die umweltfreundliche und arbeitsplatzsichernde Argumentation der Landesregierung durch Aktivitäten zu den Forderungen:

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN IN CHILE!

KEIN CHILENISCHES KUPFER AN DIE GIESSDRAHT EMMERICH!

KEINE KREDITE ZUR SICHERUNG DER CHILENISCHEN TEILHABERSCHAFT AN DEM WERK!

**SPENDET FÜR DEN SIEG DER CHILENISCHEN ARBEITERKLASSE**

Pschk. Berlin–West,
E.Kohut, Nr.380 087-108
Kennwort: Hilfe für Chile

# CHILE-KOMITEE

Chile-Komitee c/o FDCL, Savignyplatz 5
1000 Berlin 12, Tel. 030/3135065 (Bürozeit 10 - 13, 14 - 17)